

Volkswille

Anzeigenpreis: 1/4 Seite 3,75, 1/2 Seite 7,50, 3/4 Seite 11,25, 1 Seite 15,00, 1/2 Seite 30,00, 1/4 Seite 60,00, 1/8 Seite 120,00, 1 ganze Seite 240,00. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 Spalten mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 8. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postcheckkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Wird die Haager Konferenz scheitern?

Das Ergebnis der ersten Debatte — Räumungsverhandlungen auch im Laufe der finanziellen Besprechungen? — Die englische Auffassung

Haag. Ende der ersten Woche der Beratungen kann zusammenfassend folgende Feststellung der Lage gegeben werden:

Die Arbeiten der Konferenz haben sich ausschließlich um den politischen und wirtschaftlichen Ausschuss abgespielt. In den Beratungen des juristischen Ausschusses hob Henderson hervor, daß die politische Welt das Ergebnis der Haager Konferenz mit den Ergebnissen der politischen Konferenz im Haag beurteile. Der politische Ausschuss wird nunmehr am Montag die Richtlinien für den bereits eingeleiteten Unterausschuss zur Festlegung der Modalitäten der Rheinlandräumung festlegen. Auf deutscher Seite vertritt man den Standpunkt, daß die Räumung heute an sich keine Frage mehr bilde, sondern lediglich die Ausführung der Räumung noch zur Aussprache stehe.

Die gleiche Auffassung wird auf englischer Seite vertreten. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der englische Außenminister Henderson erklärt, die Vorbereitungen zur Räumung des Rheinlandes würden von England im Laufe der Eröffnung der Völkerbundsversammlung Anfang September beginnen.

Die Verhandlungen im politischen Ausschuss über die Räumung des Rheinlandes werden bis auf den Anfang September als Endtermin der Räumung zu beschränkt sein. Diese Daten stehen aber noch nicht fest. Der Widerstand auf französischer und belgischer Seite gegen die Behandlung der Frage wird zum

Teil damit begründet, daß parlamentarische Verhandlungen über die Räumung erst Ende Oktober beginnen können. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß der Transport der 50 000 Mann Besatzung kaum irgendwelche ernste Vorbereitungen notwendig macht und wohl auch für den französischen Generalstab, kaum eine schwer zu bewältigende Aufgabe darstellen dürfte. Man erwartet hier nunmehr, daß in der nächsten Woche über die Frage eine gewisse Klarheit geschaffen sein wird.

Auf französischer Seite wird nach wie vor die endgültige Rheinlandräumung mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz im Zusammenhang gebracht, eine Auffassung, die von deutscher Seite und auch englischer Seite mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird. Sollte die Konferenz, was durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt, zum Teil scheitern, so wird auf deutscher Seite jedenfalls eine Fortsetzung der Räumungsverhandlungen als selbstverständlich gefordert werden. Das gegenwärtige englische Kabinett hat sich vom ersten Tage an auf den Standpunkt der Notwendigkeit einer vollständigen Räumung des Rheinlandes in aller nächster Zeit gestellt. Der gleiche Standpunkt wird unverhohlen von der englischen Abordnung auch im Haag vertreten. Ein Zusammenhang zwischen erfolgreichem und erfolglosem Verlauf der Finanzverhandlungen im Haag und der endgültigen und sofortigen Räumung des Rheinlandes besteht nicht.

Einigung England—Ägypten

Die Arbeiterregierung für die Wiederherstellung des Parlaments.

Von Dr. Artasches Abehghian.

Alles spricht dafür, daß das ägyptische Problem vor seiner Lösung steht. Die Bildung der Arbeiterregierung in England war das günstigste Moment dafür. Die vor kurzem erfolgte Suspendierung des Oberkommissars Lord Lloyd stellte schon den Auftakt in dieser Richtung dar. Sie hatte ein doppeltes Ziel. Erstens wollte damit das Kabinett Macdonald mit der ägyptischen Politik des bisherigen englischen Kommissars in Kairo radikal Schluß machen, zum zweiten aber den Posten des Oberkommissars selbst abschaffen. Die englisch-ägyptischen Beziehungen sollten eben auf einer neuen Grundlage aufgebaut werden, so daß für kommandierende englische Beamte an den Nilufeln kein Platz mehr war.

Die Arbeiterregierung hat jetzt ihren Willen zu einer neuen ägyptischen Politik in einem Vertragsentwurf niedergelegt, der das Resultat der Verhandlungen darstellt, die in den letzten Wochen zwischen den englischen Außenminister Henderson und dem ägyptischen Ministerpräsidenten Mahmut Pascha in London geführt wurden. Die englischen Vorschläge lauten: 1. Beendigung britischer Okkupationsmacht in Ägypten; die in Kairo, Alexandria und überhaupt in ganz Ägypten befindlichen ägyptischen Truppenabteilungen müssen also das Land räumen. Einzige Ausnahme bildet die Zone des Suezkanals, wo die britischen Besatzungsträfte konzentriert werden sollen. 2. Wiederherstellung der britisch-ägyptischen Gemeinamteitsverwaltung über den Sudan, die Ende 1924 den Ägyptern infolge der Ermordung des britischen Oberbefehlshabers der ägyptischen Armee (des „Sirdars“) und des Generalgouverneurs von Sudan Lee Sted in Kairo genommen wurde. 3. Verzicht auf das bisher von England beanspruchte Recht des Schutzes der Ausländer und der nationalen Minderheiten. Desgleichen Verzicht auf die englischen Konsulargerichtsstände und Anerkennung von gemischten Gerichtshöfen. 4. Abschluß eines englisch-ägyptischen Defensiv- und Offensivbündnisses. Es heißt ferner, daß die englische Regierung sich bereit erklärt hat, für die Aufnahme Ägyptens in den Völkerbund einzutreten, sowie den letzteren oder auch das Haager Schiedsgericht als Auslegungsinstitut für alle sich aus dem Verträge ergebenden Streitfragen anzuerkennen. In einer Begleitnote Hendersons wird dazu über den Vertragsentwurf gesagt, daß die englischen Konzessionen „die äußerste Grenze“ sind, und daß der Vertragsentwurf dem ägyptischen Parlament zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden muß. Erst wenn es ihn angenommen hat, wird er auch dem englischen Parlament unterbreitet werden.

Ministerpräsident Mahmut Pascha, in dessen Begleitung sich auch der ägyptische Außenminister Hafis Afifi befand, hat bereits London verlassen und sich wieder nach Ägypten begeben, um dort die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, um den englischen Vorschlägen, mit denen sie augenblicklich einverstanden sind, zur Annahme zu verhelfen. König Fuad hat seine Europareise unterbrochen und den Weg über Paris nach Kairo genommen. Der erste Schritt der ägyptischen Regierung wird sein müssen, dem Wille Hendersons Folge zu leisten und das jetzt vor einem Jahre (Juli 1928) aufgelöste Parlament wieder in seine Rechte einzusetzen. Dies heißt also, daß die Arbeiterregierung mittelbar dem Diktaturregime in Ägypten ein Ende macht. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die ägyptische Volkvertretung verhalten wird. Ihre Mehrheit besteht aus Wafdisten, an deren Spitze nach dem Tode Zaghluls Nafas Pascha steht. Sie haben jetzt einen Aufruf an das Volk erlassen, worin sie die sofortige Abschaffung der Diktatur und die Wiederherstellung der Demokratie verlangen. Noch früher hatten sie ein Schreiben an die englische Regierung gerichtet, worin sie sagten, das ägyptische Volk werde jedes Vertragswerk ablehnen, das nicht seine Zustimmung finden wird. Diesem gerechten Wunsche der Wafdisten ist die Arbeiterregierung entgegengekommen. Der „Daily Herald“ hat aber ebenso recht, wenn er zugleich an die politische Einsicht der Wafdisten appelliert, die wahrhaft veröhnlichen Konzessionen des Kabinetts Macdonald anzuerkennen.

Der englisch-ägyptische Vertragsentwurf stellt einen sehr großen Schritt auf dem Wege der ägyptischen Unabhängigkeit dar. Die weitere Anwesenheit britischer Truppenabteilungen am Suezkanal darf keinesfalls als eine verkappte Besatzung Ägyptens aufgefaßt werden. Er läuft zwar durch ägyptisches Staatsgebiet, ist aber für den Bestand und Schutz des Britischen Reiches so unentbehrlich, daß auf ihn keine englische Regierung verzichten kann. Der Suezkanal ist im gleichen Maße Glied und Anglied der Ägypter. Ob er für Ägypten mehr das eine

Deutschland und die Rheinlandkontrolle

Haag. Bis zum Sonnabend abend lag ein französischer Vorschlag für die von Frankreich gewünschte Vergleichs- und Feststellungskommission im Rheinland noch nicht vor. Der Juristenausschuss wird somit seine Arbeiten erst aufnehmen können, wenn ein derartiger Vorschlag eingeht.

In der politischen Aussprache der Konferenz ist von den deutschen Vertretern zum Ausdruck gebracht worden, welche Wirkungen die Einsetzung einer Vergleichs- und Feststellungskommission im Rheinlande, sowohl von innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten aus gesehen, haben würde. Es wird darauf hingewiesen, daß das auf Grund des Locarnovertrages und des Völkerbundsvertrages geschaffene System der Ausgleichskommissionen und Garantien völlig geschlossen ist und gut gearbeitet hat. Die im Locarnopakt in den deutsch-französischen und deutsch-belgischen Schiedsgerichtsverträgen vorgesehene paritätisch zusammengesetzte Ausgleichskommission von je 5 Mitgliedern genüge vollständig für die Regelung etwaiger Streitigkeiten. Für den Fall erfolgloser Verhandlungen ist in den Verträgen ein Appell an den Völkerbund vorgesehen. Die Schaffung einer neuen Kommission im Rheinlande würde also eine vollständige Entwertung des Locarnopaktes bedeuten, der bei seinem Abschluß als die vollständige und endgültige Regelung für alle kommenden Schwierigkeiten von den beteiligten Mächten bezeichnet wurde. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß für den Fall, daß eine Räumung der Rheinlande erst im Jahre 1935 erfolgen sollte, Verhandlungen über eine Kommission im Rheinland überhaupt nicht in Frage kämen, da eine derartige Kommission in den bestehenden Verträgen nirgends vorge-

sehen ist. Der von englischer Seite in der Aussprache erwähnte Gedanke eines Unterausschusses des Völkerbundsrates für das Rheinland wird deutscherseits gleichfalls mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Ein derartiger Unterausschuss würde nichts anderes als die berüchtigte Untersuchungskommission darstellen, die in den Verhandlungen des Völkerbundsrates im Jahre 1926 als Sonderkommission für das Rheinland abgelehnt worden war.

Es liegt somit auf deutscher Seite keinerlei Veranlassung vor, zu der Einsetzung eines Unterausschusses des Völkerbundsrates die Zustimmung zu erteilen.

Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß eine neue Kommission im Rheinland lediglich neue internationale Schwierigkeiten zur Folge haben und nur dazu führen würde, daß völlig bedeutungslose Angelegenheiten aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen zu großen Streitfällen aufgebraucht werden. Von französischer Seite wird deshalb die Ausgleichs- und Feststellungskommission scheinbar in der Erkenntnis der Möglichkeit, bedeutungslose Angelegenheiten vor den Völkerbund zu bringen, gewünscht. Die Aufgaben des juristischen Ausschusses können daher nur in der Richtung liegen, daß sie die bisher bestehenden Bestimmungen der internationalen Verträge zusammenstellt und die Feststellung vorgenommen wird, daß dieses System für alle etwaigen Schwierigkeiten genügt. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß der deutsche Reichstag niemals seine Zustimmung zu einer wie immer auch gearbeiteten Kontrollkommission im Rheinlande erteilen würde.

Vor einer Einigung im englischen Textilarbeiterstreik

London. Ministerpräsident Macdonald ist am Sonnabend nachmittag im Flugzeug von Quedlinburg nach Loughborough zurückgekehrt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit einer Abordnung der Arbeitgebervereinigung des Baumwollgebietes von Lacashire ist nichts bestimmtes bekannt geworden, doch verlautet, daß sich auch die Arbeitgeber ebenso wie die Arbeitnehmer einer gerichtlichen Regelung unterwerfen wollen. Der Generalkongress der Gewerkschaften ist von Manchester wieder nach London zurückgekehrt. Am Montag tagt der Vollzugsrat der Textilarbeiter. Den Verhandlungen der ersten Tage der nächsten Woche wird allgemein mit stärkerer Zuversicht entgegengelesen und die Hoffnungen, daß die Aussperrung nun doch zu einem baldigen Ende führen dürfte, sind wieder größer.

Während seines Aufenthaltes in Quedlinburg hatte Ministerpräsident Macdonald auch eine längere Unterhal-

tung mit dem Gouverneur der Bank von England und dem Teilhaber des amerikanischen Bankhauses J. C. Lamont. Ueber den Inhalt wird Stillschweigen bewahrt, doch hat man nirgends Zweifel, daß es sich um eine sehr bedeutsame Besprechung handelte. Es wird auch vermutet, daß Lamont der amerikanischen Delegation auf der Pariser Sachverständigenkonferenz angehörte, ohne daß jedoch hieraus Rückschlüsse auf etwaige mit der Reparationsregelung zusammenhängende Verhandlungen gezogen wurden.

Henderson fordert Räumung noch vor Weihnachten

London. Wie Exchange Telegraph aus dem Haag hört, hat Henderson die französische Abordnung davon unterrichtet, daß nach Ansicht der britischen Regierung die Räumung des Rheinlandes unbedingt vor Weihnachten stattfinden muß.

oder mehr das andere darstellt, es ist unmöglich, die bestehenden geographischen und westpolitischen Verhältnisse radikal zu ändern. Desgleichen muß auch die vorgeschlagene Lösung der Sudanfrage als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der Sudan soll wieder ein britisch-ägyptisches Kondominium sein. Diese Regelung entspricht den Interessen Englands und Ägyptens, die beide wirtschaftlicher Natur sind. England hat durch das vor wenigen Monaten mit Ägypten getroffene Abkommen die genügende Bewässerung Ägyptens und somit auch das weitere Gedeihen seiner Baumwollkultur garantiert. Erst muß der Bedarf Ägyptens an Nilwasser gedeckt werden, erst dann der des Sudans. Die in Ägypten und im Sudan bestehenden alten, die neuangelegten und auch geplanten riesigen Staudämme werden im übrigen die Aufgabe erfüllen können, beiden Niländern ihr Lebenswasser zu sichern.

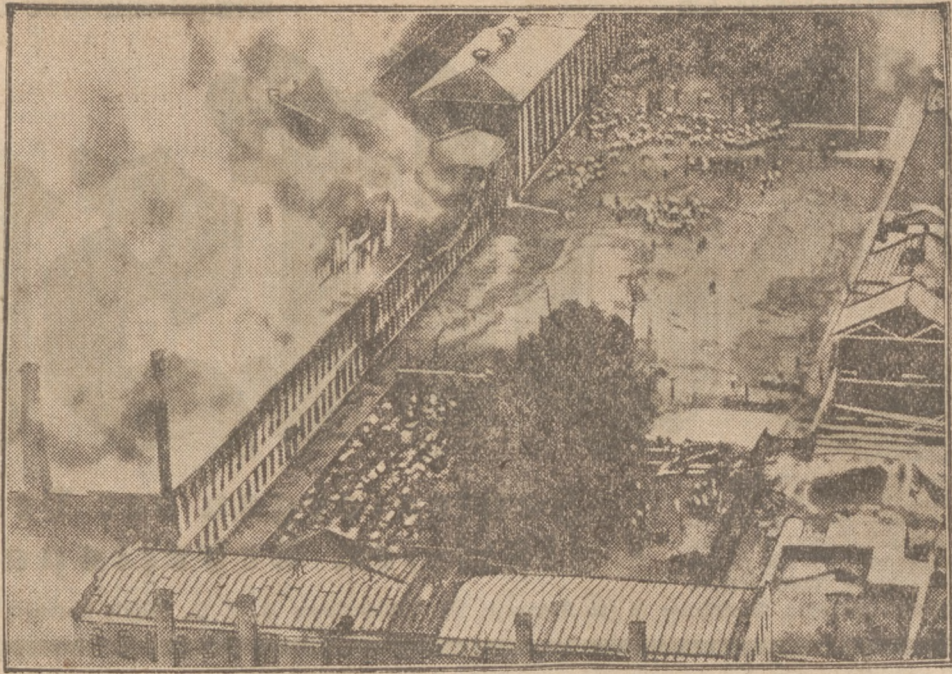
Viel leichter war allerdings für die englische Regierung, auf ihre Kapitulationsrechte in Ägypten zu verzichten. Sie stellen heute tatsächlich einen Anachronismus dar. Nachdem Persien sie 1928 abgekauft hat, war Ägypten — neben China — das einzige Land geblieben, wo die Kapitulationen noch weiter bestehen. Sie bedeuten nicht nur gerichtliches, sondern auch wirtschaftliches Sonderrecht für die Ausländer. Es genügt nur zu sagen, daß diese in Ägypten so gut wie keine Steuern zahlen, obgleich sie den größten Teil des Außenhandels in ihrer Hand haben. Ein derart ungerechter Zustand konnte unmöglich weiter bestehen. Es ist zu hoffen, daß die anderen Mächte dem englischen Beispiel folgen und auf ihre ähnlichen Rechte in Ägypten verzichten werden. Das von der Arbeiterregierung vorgeschlagene Bündnis ist schließlich die logische Folgerung aus dem Vertragsgrundsatz der politischen Gleichberechtigung. Von dem gleichen Gesichtspunkt aus wird der Eintritt Ägyptens in den Völkerbund begünstigt. Ägypten kann keinen besseren Verbündeten haben als England, wenn nur die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, hat neulich ein führendes ägyptisches Blatt ausgeführt.

Das Kabinett Macdonalds hat die Wünsche der Ägypter zu einem beträchtlichen Maße erfüllt. Eine ähnliche Gelegenheit haben die ägyptischen Politiker schon einmal gehabt — und veräußert. Als Macdonald zum ersten Male am Ruder war, schlug er dem verstorbenen Zughul Pascha, der ihn im September 1924 in London aufgesucht hatte, ein ähnliches Bündnis vor, auch machte er schon damals im großen und ganzen dieselben Konzessionen, die jetzt von Henderson gemacht werden. Aber Zughul schlug sie ab, und die Lage Ägyptens gestaltete sich um so schlimmer, als die Konservativen sie in die Hand bekamen. Das auf der ersten Reise Fuads und des damaligen Ministerräsidenten Sarwat Pascha nach London 1927 unterzeichnete englisch-ägyptische Abkommen war für Ägypten viel ungünstiger und wurde von seinem Parlament abgelehnt. Es folgte seine Auflösung und die Einführung der Diktatur. Heute haben sich die Verhältnisse an den Nilufern allerdings einigermaßen geändert. Auch sind weder die Wafdisten in dem Maße radikal gesinnt wie vor Jahren, noch ist ihr Anhang im Volke jetzt so ausschlaggebend wie vor wenigen Jahren. Ihr Ansehen hat dadurch verloren, daß Zughul nicht mehr am Leben ist. Mahas Pascha und andere Führer der Wafd spielen bei weitem nicht die gleiche Rolle. Das ägyptische Parlament, das bald wieder zusammenkommen wird, wird möglicherweise Mahmut Pascha trotz des Vertragsabstufes sein Mißtrauen aussprechen und eine neue Regierung bilden. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß sie dennoch den Vertragsentwurf der Macdonald-Regierung annehmen wird. Somit wird das Parlament aufgestellt werden. Die Neuwahlen werden dann unter der Parole der Annahme oder der Ablehnung des Vertrages vor sich gehen.

Macdonald wieder in London

Frankreich erhofft von ihm Hilfe.

London. Macdonald hat nun seinen Erholungsurlaub in Schottland für einige Tage zur Prüfung einiger wichtiger Staatsgeschäfte unterbrochen, deren Natur aber nicht bekannt gegeben wurde, die aber offenbar mit dem Haag zusammenhängen. Von Reiseabsichten nach dem Haag ist nach wie vor nicht die Rede. Die Annahme, daß Macdonald nach dem Haag gehen werde, stammt offenbar aus Paris und entspringt der französischen Hoffnung, daß Macdonald seinen Schatzkanzler verleugnen werde. Man scheint in Frankreich zu denken, daß Macdonald mehr an der politischen, als an der finanziellen Seite der Haager Konferenz interessiert ist und es unter keinen Umständen erlauben wird, daß die große Friedenspolitik der Arbeiterregierung durch die Finanzfrage gefährdet oder gar zerstört wird. Obwohl diese Erwägungen den Tatsachen nahe kommen dürften, ist es keineswegs sicher, daß sie sich in der erhofften Weise auswirken werden. Vorläufig ist nur das klar, daß England ebensowenig einen Zusammenbruch im Haag sucht, wie irgend eine andere Macht, daß aber auf der Tatsache seiner Isolierung auf der Konferenz und der weiteren Tatsache, daß es dem politischen Ausgleich die größte Bedeutung zumißt, nicht geschloffen werden kann, daß es auch diesmal in den Finanzfragen den französischen Standpunkt nachgeben wird. Einstweilen wenigstens ist das Gegenteil wahrschein-



Revolte in einem amerikanischen Zuchthause

In Amerika haben in der letzten Zeit die unzulänglichen Einrichtungen veralteter Zuchthäuser wiederholt zu Meutereien der Sträflinge geführt. Im Zuchthause von Auburn befreiten sich die 1700 Gefangenen, stürmten das Waffenarsenal und steckten das Gefängnis in Brand. Erst nach dem Einsatz von Truppen und nach stundenlangem Feuergefecht konnten die Meuterer entwaffnet werden. (Flugzeugaufnahme — im Hof der Sträflinge.)

Zeppelins Rekordfahrt

Nach einer Fahrt von 55 Stunden und 23 Minuten wieder in Friedrichshafen gelandet
Glückwunsch der Sapag an Dr. Eckener

Friedrichshafen. „Graf Zeppelin“ ist um 13,03 Uhr glatt gelandet. „Graf Zeppelin“ hat für seine Rekordfahrt über den Ozean im ganzen 55 Stunden und 23 Minuten bis zur Landung gebraucht.

Hamburg. Der Vorsitzende des Direktoriums der Hamburg-Amerikalinie, Geheimrat Dr. Cuno, hat folgendes Telegramm an Dr. Eckener gerichtet: „Zu Ihrem heutigen Geburtstag, an dem Sie dem deutschen Volke und der Welt Ihr großes Werk einer zweiten glücklichen Amerikafahrt mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ schenken, spreche ich Ihnen namens der Hamburg-Amerikalinie herzlichste Glückwünsche aus. Möge dem Manne, der im Zeichen tiefer vaterländischer Not und Zersplitterung durch eine deutsche Tat aller Augen in dankbarer Verehrung auf sich lenkt, vergönnt sein, seine bewährte Kraft noch lange Jahre der Weltgeltung Deutschlands im Luftverkehr erfolgreich zu widmen

und möge Ihr heutiger Geburtstag zugleich die Geburtsstunde eines Transozeanischen Luftverkehrs sein, den eröffnet zu haben Ihr ewiges Verdienst bleiben und den durch unsere Organisation tatkräftige Mitarbeit zu entwickeln unser aufrichtiges Bestreben sein wird. gez. Cuno.“

Begeisterung in Amerika

New York. Obgleich Zeppelinfahrten immer Tagesensationen in Amerika sind, überbieten sich die Zeitungen diesmal in Lobpreisungen über die Rekordfahrt des deutschen Luftschiffes „Graf Zeppelin“. Die gesamte amerikanische Presse ist mit Bildern des Luftschiffes und Dr. Eckener sowie Zeppelinnmeldungen und Beiträgen angefüllt. Der Rückflug wird als eines der größten Ereignisse der Luftfahrt überhaupt angesehen und bilde einen Markstein in der Geschichte der deutschen Luftschiffahrt.

Wissel fährt nach dem Haag?

Berlin. Wie die „Vossische Ztg.“ berichtet, wird Reichsarbeitsminister Wissel voraussichtlich zur Fühlungnahme mit dem Reichsfinanz- und dem Reichswirtschaftsminister nach dem Haag fahren, um mit ihnen nochmals die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung eingehend zu besprechen.

Zum Abbruch der chinesisch-russischen Verhandlungen

London. Die Unterbrechung der chinesisch-russischen Verhandlungen wird in maßgebenden Kreisen in Tokio nicht als alarmierend angesehen. Man weist darauf hin, daß Besprechungen, die wirklich als Ausgleichsverhandlungen bezeichnet werden könnten, noch nicht begonnen haben und die Besprechungen in Manchu tatsächlich nichts anderes gewesen sind, als eine Fühlungnahme zwischen untergeordneten Persönlichkeiten. Der erfolglose Ausgang dieser Besprechungen wird nach japanischer Ansicht zwar zu einer Verzögerung in der Beilegung des Konflikts führen, aber man ist nach wie vor davon überzeugt, daß ein modus vivendi gefunden werden kann. Auch in englisch-diplomatischen Kreisen werden die Grenzzwischenfälle nicht ernst genommen. Die Liquidation der Dalbank und anderer wirtschaftlicher Unternehmungen in Nordchina werden als Maßnahmen angesehen, die eher einen moralischen, als einen sachlichen Einfluß ausüben sollen.

Ein bemerkenswertes englisches Eingeständnis

London. Der „Manchester Guardian“ weist in seiner Sonnabendausgabe an leitender Stelle auf die Möglichkeit eines Auffliegens der Haager Konferenz hin und kommt dabei zu Schlussfolgerungen, die für Deutschland recht bemerkenswert sind. Zweifellos werde der Dawesplan in Kraft bleiben. Nach ein oder zwei Jahren werde Deutschland feststellen, daß es außerstande sei, weiter zu zahlen. Dann werde der Dawesplan einer neuen Prüfung unterzogen werden müssen. Die Arbeiten der Sachverständigen in Paris werden dann nicht vergeblich gewesen sein. Aber ein besserer Vertragsentwurf werde den Youngplan ersetzen. Das englische Blatt bringt seinerseits die Feststellung zum Ausdruck, daß nach seiner Ansicht auch der Youngplan für Deutschland untragbar ist.

Neuregelung der amerikanischen Anleihepolitik

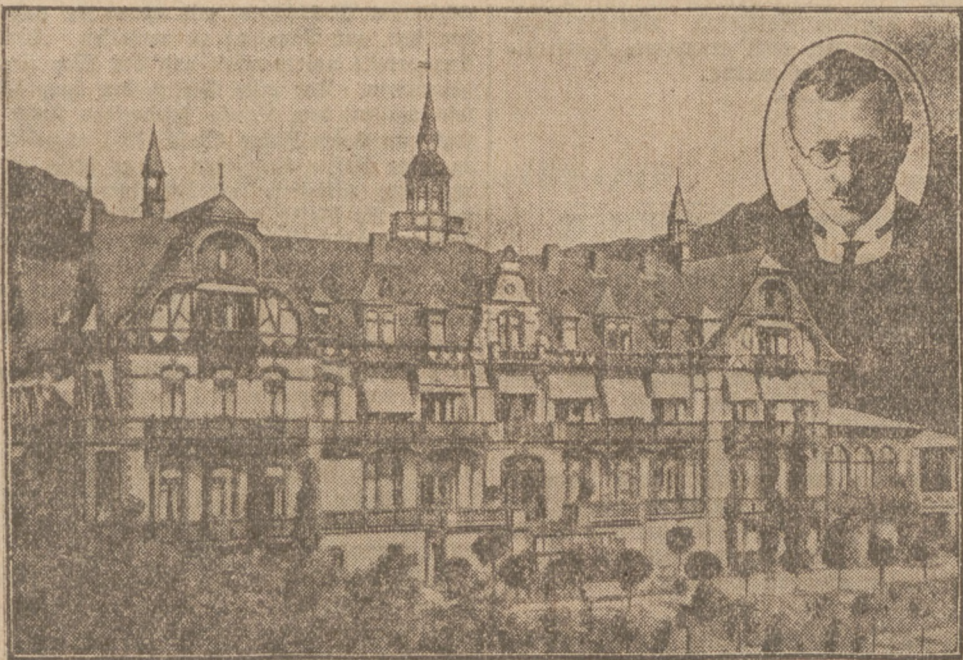
Verhandlung zwischen Schatzamt und Staatsdepartement.

London. Wie der Washingtoner Korrespondent der „Times“ erfährt, sind gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Schatzamt und dem Staatsdepartement über die Anleihepolitik der Vereinigten Staaten im Gange. Das Ziel dieser Besprechungen besteht darin, die Gewährung von Anleihen auf diejenigen Länder zu beschränken, die ein ausbalanciertes Budget aufweisen können und ihren Verpflichtungen vollständig nachkommen. Alle Nationen, auf die diese Voraussetzungen nicht zutreffen, werden in Zukunft keine amerikanischen Kredite mehr erhalten. Bolivien würde darnach nur geringe Ausichten haben, eine Anleihe von 37 Millionen Dollar, die es gegenwärtig in Amerika aufzunehmen beabsichtigt, unterzubringen. Der allgemeine Zweck dieser Neuregelung besteht darin, soweit als möglich das Internationale Kreditssystem in einheitliche Linien zu bringen, größere Sicherheit und größere Festigkeit zu schaffen.

licher. In der englischen Presse wird, ebenso, wie schon gestern die Haltung Snowdens vorbehaltlos gebilligt, obwohl gewisse Strömungen für die Vermeidung eines Bruches unverkennbar sind. Der „Daily Herald“ weist darauf hin, daß eine wirkliche und endgültige Regelung der ganzen Reparationsfrage nur durch eine allgemeine Schuldentilgung erreicht werden könne, daß aber so lange diese nicht erfolge, Frankreich und die übrigen Mächte sich mit der gegebenen Lage abfinden müßten. In den übrigen Blättern aller Schattierungen wird die Haltung des Schatzkanzlers voll unterstützt. Der Ernst der Lage wird aber keineswegs verkannt und man beschäftigt sich bereits ernsthaft mit der Frage, was nach einem möglichen Zusammenbruch der Konferenz geschehen soll. Die Antwort lautet im allgemeinen, daß der Dawesplan dann wieder in Kraft träte, wobei aber nicht in allen Kreisen verkannt wird, daß in diesem Falle die Gewährung eines Moratoriums für Deutschland unvermeidlich wäre.

Die deutschen Anträge für die Regelung der Saarfrage

Berlin. Von deutscher Seite wird in den nächsten Tagen dem französischen Ministerpräsidenten Briand eine Aufzeichnung übermittelt werden, die eingehende Vorschläge für die endgültige Regelung der Saarfrage enthält. Die Aufzeichnungen behandeln, wie verlautet, eingehend die einzelnen sachlichen Fragen, insbesondere die Regelung der Kohlenfrage und werden Gegenstand für die in der kurzen Zeit bevorstehenden direkten Besprechungen zwischen der deutschen und französischen Abordnung bilden.



Ein Diätanatorium für Tuberkulosekranke

Dem Bielefelder Arzt Dr. Gerson (im Ausschnitt), der bei der Behandlung von Tuberkulosekranken glänzende Erfolge mit einer besonderen Diät erzielt hat, wurde in Kassel zur weitgehenden Nutzbarmachung seiner Heilmethode das hier gezeigte Sanatorium zur Verfügung gestellt.

Polnisch-Schlesien

Kommunalpolitik und die deutsche nationale Minderheit

Ein heikles Thema ist es, das wir uns da gewählt haben, und doch ist es am Platze über dieses Thema zu reden, weil die Klärung der Verhältnisse auf dem Kommunalgebiete unbedingt notwendig ist. In den großen Industriegebieten ist die deutsche nationale Minderheit stark vertreten und an ein Ausschalten der Deutschen kann gar nicht gedacht werden. Eine Wahlgeometrie, die die deutsche Minderheit aus der Vertretung ausschließen oder auch nur beschränken würde, ist nicht gut denkbar. Man hat es bereits mit der Eingemeindung versucht, indem zum Beispiel der Wojewodschaftshauptstadt Gebietsteile angeschlossen wurden, die in keinem Zusammenhange mit der Stadt Rattowitz stehen und von ihr meilenweit entfernt liegen. Alles das hat nicht viel genützt und die Deutschen kommen als Mehrheit in die Stadtvertretung hinein. Ein Wahlsens und alle anderen Kniffe würden stets beide Volksteile treffen und können nicht angewendet werden. Für den Warschauer Sejm wollte man für die östlichen Gebiete eine Wahlordnung schaffen, nach welcher die Wähler, die des Schreibens und Lesens nicht mächtig sind, nicht wählen dürfen. Eine solche Wahlordnung wäre für unsere Verhältnisse wertlos. Die Deutschen können bei uns lesen und schreiben, und sollte es sich um die polnische Schreibkunst handeln, dann wären beide Volksteile gleichzeitig getroffen, weil die Polen zum Teil auch nicht polnisch schreiben können. Wir haben das schließlich bei der Prüfung auf die Sprachkenntnisse der Rattowitzer Magistratsbeamten gesehen. Die großen polnischen Schreiber beherrschten nur mit Mühe die polnische Sprache. Also mit der Wahlordnung, die die deutsche Vertretung aus den Gemeinden ausschließen, bzw. beschränken würde, ist hier nichts zu erreichen. Das hat auch Korfantyn eingesehen, als die Wahlordnung für die schlesischen Kommunen im schlesischen Sejm zur Beratung stand. Konnte man durch eine Eingemeindung und durch eine entsprechend zugeschnittene Wahlordnung den Deutschen nichts anhaben, so hat man das durch ein Ausnahmegericht erreicht. Die Korfantynisten waren es gewesen, die den Antrag stellten, der die Wojewodschaft ermächtigt, eine mißliebige Gemeindevertretung jederzeit aufzulösen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Korfantynisten und der N. P. R. zum Gesetz erhoben und die Wojewodschaft macht davon nur zu oft Gebrauch. Da aber jedes Ausnahmegericht gegen alle angewendet werden kann, so werden heute unter Anwendung dieses Gesetzes Gemeindevertretungen auseinandergetrieben, die sich aus Korfantynisten und N.P.R.-Leuten zusammensetzten. Auch Gemeindevorsteher, die der Korfantynrichtung angehören, wie z. B. Bronzel in Radzionkau, werden enthoben und durch Sanatoren ersetzt. Das haben allerdings die Korfantynisten nicht bedacht, als sie ihren Antrag im schlesischen Sejm einbrachten, aber so ist es gekommen. Ein solches Gesetz, das ohne triftige Gründe gestattet eine gewählte Gemeindevertretung auseinanderzutreiben, hat mit Rechtsempfinden nichts zu tun, scheint aber das einzigste Mittel zu sein, die Deutschen aus den Gemeindevertretungen auszuschließen bzw. die deutsche Vertretung auf ein Minimum zu beschränken. Das läßt sich zwar machen, nur soll man dann von einer Selbstverwaltung nicht reden. Dieses Mittel steht heute hoch im Ansehen, und es wird bereits davon gesprochen, daß nächstens keine Kommunalwahlen stattfinden und die einzelnen Parteien ihrer bisherigen Stärke gemäß die Vertreter nach eigenem Gutdünken entsenden werden. Es ist schon möglich, daß es so kommen wird, denn man will nach außen hin Polnisch-Oberschlesien als ein ausgeprochen polnisches Gebiet hinstellen, während die Wahlen in den größten Industriegebieten eine deutsche Mehrheit ausweisen. Jedenfalls sind Bestrebungen im Gange, die darauf ausgehen, die deutsche Minderheit aus den Gemeindevertretungen tunlichst fernzuhalten. In der nächsten Nummer werden wir die deutsche Vertretung in den Gemeinden von der praktischen Seite beleuchten.

Neue Bestimmungen für die Invalidenversicherung

Auf Grund einer Benachrichtigung gibt der Magistrat bekannt, daß die Bestimmungen über die Invalidenversicherung vom 8. März 1921 abgeändert worden sind. Diejenigen Personen, die ein Anrecht auf Invalidenversicherung haben, sei es daß sie Kriegsverletzte sind oder Hinterbliebene nach verstorbenen Kriegsinvaliden, soweit diese Fälle noch vor dem 1. Juli d. J. eingetreten sind, können noch bis zum 31. Dezember 1930 entsprechende Versorgungsanträge stellen. Den Meldungen sind alle notwendigen Dokumente, die eine Invalidität oder Krankheit, die durch den Militärdienst hervorgerufen worden ist, bezeugen, beizulegen. Die Antragsteller erreichen dadurch eine schnellere Erledigung ihrer Angelegenheit, indem die Behörden die Ursachen erst nicht noch einer Untersuchung unterziehen müssen. Zur Antragstellung sind auch diejenigen Personen berechtigt, die sich nach dem 30. April 1922 gemeldet haben und damals abschlägig beschieden worden sind. Zur Registrierung der Eingaben ist für die Stadt Königshütte der Kriegsinvalidenreferent berechtigt.

Es kann nicht genug kosten

Unser Oberschlesien war von jeher ein Pufferstaat und ein Tummelplatz für Eingewanderte, die hier nie bodenständig waren. Im strategischen Sinne kann man allerdings nicht von einem Pufferstaat reden, aber was nicht ist, kann noch immer werden. So wurde unsere Heimat früher mit Westkultur versorgt und es war nicht viel anders, als es heut ist. So mancher Beamte kam mit abgetretenen Stiefelabsätzen her und wurde bald ein hohes Tier. Dasselbe Bild wie heut; erst kamen die Direktoren, Professoren, Referendare usw., welche dann wieder für die Jhrigen aus dem Westen ausgiebig sorgten. Der Einheimische war der gebilligte Lohnknecht und hatte nur die verdammte Pflicht zu schuften — ganz wie heut. Allerdings muß festgestellt werden, daß die damalige Menschheit es einfach nicht anders konnte. Und als dann die Herren durch hohe Gehälter erst Kultur annahmen, denn wer Geld hat, kann sich kulturelle Vorteile beschaffen, dann wurde es wieder wie heut.

Die Ostkultur marschierte unter denselben Umständen in Oberschlesien ein; ein Anzug und die Möbel an die Wand ge-

Die Rechtlosigkeit der Steuerzahler

Der schlesische Steuerzahler hat das Empfinden der Rechtlosigkeit, und er hat seine guten Gründe dazu. Das zieht sich hauptsächlich auf die kleinen Steuerzahler, die bei den Steuerämtern derart überschuldet sind, daß sie gar keinen Ausweg mehr sehen. Wir könnten eine Reihe von Steuerzahlern anführen, die dem Steueramte mehr schulden, als ihr ganzes Hab und Gut samt Warenlager wert ist. Das Warenlager ist eigentlich nur für die Lohnstage vorhanden und das wird gewöhnlich auf Kredit beschafft. Wenn auch die Großgeschäfte den kleinen Händlern, die ja bei uns recht zahlreich sind, sehr ungerne Kredit gewähren, so müssen sie doch einige Tage auf das Geld warten, weil sie sonst überhaupt keine Geschäfte machen würden. Der ober-schlesische Kleinhandel lebt heute von der Hand in den Mund. Vor dem Lohnstage wird für einige hundert Zloty Ware auf Kredit gekauft, die dann nach dem Lohnstage bezahlt werden. Sonst legt sich das Warenlager aus Kleinigkeiten zusammen, und der Wert übersteigt selten 100 Zloty. Kommt der Steuererektivbeamte, so kann er nicht einmal pfänden, weil das nicht der Mühe wert ist, es sei denn, daß er gerade am Lohnstage kommt, was auch häufig der Fall ist. Alle diese Kleinleute führen auch keine Geschäftsbücher, und die Steuerämter schreiben ihnen jedes Jahr eine höhere Steuer vor, die dann durch die Verzugszinsen immer höher wird. Zahlt der Steuerzahler auf seine fällige Steuer ab, so wird das auf Konto der Verzugszinsen gebucht und die Steuersumme bleibt unberührt. In zwei oder drei Jahren sammelt sich dann ein Betrag an, der nicht selten zwei bis dreifach das

ganze Vermögen des kleinen Steuerzahlers übersteigt. Gegen diese Steuerzahler geht dann der Erefutivbeamte rücksichtslos vor, weil sie als Drückeberger gelten. Wird einer von ihnen gepfändet, so wird ihm alles weggenommen, selbst solche Einrichtungen, die der Pfändung nicht unterliegen. Nach einer solchen Generalpfändung ist gewöhnlich der kleine Kaufmann erledigt. Seine persönliche Intervention im Steueramte und im Wydzial Starbowy ist völlig aussichtslos. Er wird auf den Rechtsweg verwiesen und dieser Rechtsweg hat nur eine theoretische aber keine praktische Bedeutung. Schon ein ganz gewöhnlicher Rekurs wird selten vor Ablauf eines Jahres erledigt. Wir haben zwar in Warschau einen Verwaltungsgerichtshof, der in allen diesen Sachen zuständig ist, doch die ärmeren Steuerzahler rufen jedoch denselben in den seltensten Fällen an. Schließlich ist dies auch zwecklos, weil ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes vor dem Ableben des Steuerzahlers kaum zu erwarten ist. Ein solcher Klageweg kostet viel Geld. Bei dem Verwaltungsgerichtshof sind gegenwärtig 4000 Klagen anhängig. Würde das Gericht so arbeiten wie gegenwärtig und keine neuen Klagen einlaufen, dann sind alle diese 4000 Klagen bis zum Jahre 1935 erledigt. Unsere kleinen Steuerzahler sind daher den Steuerämtern, besser noch dem Steuererektivbeamten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Von diesen Faktoren hängt alles ab, und diese entscheiden über das Wohl und Wehe der ärmeren Steuerzahler und sind auch hier eine Art Gerichtsbehörde für sie.

Sind sie schon verschmolzen?

Im politischen Leben unserer engeren Heimat stehen Veränderungen bevor, die schon heute sichtbar sind, die aber noch nicht ganz ausgereift zu sein scheinen. Im oppositionellen poln. Lager werden Umgruppierungen vorgenommen, die sich auf Grund der bei uns herrschenden politischen Zustände ergeben. Es sind das die beiden Parteien, die N. P. R. und die Ch. D. (Korfantynisten), die bereits heute eine taktisch einheitliche Front bilden. Noch im vorigen Jahre wurde im Parteiorgan der N. P. R., dem „Stonski Glos Poranny“, eine Serie Artikel über die Notwendigkeit einer geschlossenen Front der beiden Richtungen veröffentlicht, die von den Leitern der N. P. R. und der Polnischen Berufsvereinigung verfaßt wurden. Man sprach sich für eine Verschmelzung der beiden politischen und gewerkschaftlichen Richtungen aus. Die Korfantynisten waren mehr zurückhaltend, nur der Geistliche Marzella, der den sozialen Teil in der „Polonia“ führt, hat eifrig in dem genannten Blatte den Gedanken der Fusionierung der beiden Gewerkschaftsrichtungen, der Polnischen Berufsvereinigung mit den polnischen christlichen Gewerkschaften (Korfantyn-Richtung), verfochten. Die Diskussion hat zwar aufgehört, aber das Vorgehen der N. P. R. und der Korfantynisten in allen polnischen Aktionen ist einheitlich und läßt auf eine Verschmelzung schließen. So wurde z. B. der Bund der Verteidiger Schlesiens von der N. P. R. und den Korfantynisten gemeinsam gegründet. Auch die Mitglieder retrahieren sich aus den beiden politischen Richtungen und das 10-jährige Jubiläum des ersten Aufstandes am 17. August wird gemeinsam vorbereitet und auch gemeinsam gefeiert. Inzwischen kommt die Meldung aus Warschau, daß dort züfzig über die Verschmelzung der N. P. R. (der rechte Flügel) mit der Christlichen Demokratie in ganz Polen verhandelt wird. Die N. P. R.-Pravica (der rechte Flügel) bildet zwar im polnischen Staate eine einheitliche Parteiorganisation, was auf die Christ-

liche Demokratie nicht zutreffend ist. Die Korfantynisten, die früher eine Bezirksorganisation bildeten und ein Bestandteil der Christlichen Demokratischen Partei in Polen waren, sind seit zwei Jahren eine selbständige Partei geworden, und das erschwert die Verhandlungen. Es hat aber den Anschein, daß die Fusionierungsverhandlungen der N. P. R. und der Korfantynisten in Polnisch-Oberschlesien getrennt geführt werden. Jedenfalls ist die Verschmelzung der N. P. R. mit der Ch. D. in dem übrigen Polen nicht ohne Einfluß auf die hiesigen Verhältnisse. So viel wir informiert sind, wäre die Verschmelzung der beiden Richtungen in Polnisch-Oberschlesien bereits perfekt gewesen, doch will die Leitung der N. P. R. in Rattowitz zuerst das Ergebnis in Warschau abwarten. Man geht hier von der Voraussetzung aus, daß die Korfantynrichtung in die neue verschmolzene Partei aufgenommen werden muß, was auf gewisse Schwierigkeiten bei den Domherren der Christlichen Demokratie stößt. Es sind auch sonst noch gewisse technische und organisatorische Schwierigkeiten bei der Verschmelzung zu überwinden. Beide Parteien stützen sich zum Teil auf die gewerkschaftlichen Organisationen, die eine Reihe von Funktionären und eigene Presseorgane haben. Das muß alles bereinigt werden, was auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Der Wille ist jedoch auf beiden Seiten vorhanden und das ist die beste Garantie dafür, daß die Fusionierung der Korfantynisten und der N. P. R. zustande kommen wird, ohne Rücksicht darauf, ob in dem übrigen Polen die Verschmelzung der N. P. R. mit der Christlichen Demokratischen Partei zustande kommen wird oder nicht. Die Sanacja Moralna wird also auf eine geschlossene oppositionelle Front stoßen, die infolge ihrer nativen Taktik in der letzten Zeit wesentlich erstarkt ist und nach der Verschmelzung noch eine weitere Stärkung erfahren dürfte.

Daselbe Spiel wie früher, wiederholt sich, denn es ist schon alles einmal dagewesen; nur ein Unterschied ist zu bemerken. Da die Gehälter heut im Verhältnis zum Arbeiterlohn bedeutend größer sind, nehmen unsere neuen Volksgenossen eine viel verfeinerte Kultur an. Da läßt eine große A-G. jetzt sämtliche Wohnungen ihrer Ingenieure usw. instand setzen. Es stellte sich heraus, daß den Herren Linoleum-Fußböden nicht mehr kulturell genug sind. Das Linoleum wird herausgerissen und der Boden parkettiert. Einfach gemalte Wände gibt es nicht mehr. Alles Tapete. Doch diese darf nicht billig sein, 8-9 Zloty die Rolle. Da aber in Oberschlesien solch ein luxuriöses Material nicht vorhanden ist, werden Muster aus Warschau und Krakau besorgt. Man kann es sich leisten, denn es kostet ja nichts. Ist dann alles im größten Komfort fertiggestellt, wird die Wohnung ein Jahr lang benützt und dann kommt der Urlaub. Während dieser Zeit hat das Dienstmädchen, welches natürlich eine Oberschlesierin ist, die Pflicht, die Wohnung von Grund auf in Ordnung zu bringen; dies hält dann wieder ein Jahr aus und die Hausdame macht keinen Finger krümmen. Wir können daraus natürlich viel lernen. So sieht dann nämlich die Kultur aus. Sieh' aber ja nicht in die Arbeiterbuden — sie brauchen nicht parkettiert zu sein, aber wenigstens anscheinend geputzt, ebenso gemalt und nicht nur mit Schlemmkreide angepinselft — denn der Arbeiter schafft die größten Kulturwerte. — Für wen?

Achtung, Gewerkschaften!

In der Zeit vom 12. bis 18. August d. J. finden die Rechtshilfsstunden wegen Beurlaubung des Koll. Knappitz nur in Königshütte statt. Vertretung übernehmen die Kollegen Rikmann und Buchwald.

Rattowitz und Umgebung

Der gefährliche Autobusbahnhof in Rattowitz.

Die ul. Stanislawka ist eine der engsten und dennoch sehr stark befahrenen Straßen am Zentrum der Stadt Rattowitz. Die städtischen Organe haben diese enge Straße dazu auserwählt, die Rolle eines Autobusbahnhofs zu spielen. Wenn gleich auch auf dieser Straße der Verkehr in nur einer Richtung und zwar nach der Marjacka zu aufrecht erhalten wird, um Unglücken vorzubeugen kam es in letzter Zeit des Ofteren zu sehr gefährlichen Situationen, bei denen es nur Dank der Geistesgegenwart der Chauffeure, zu keinem größeren Unglück gekommen ist. Die Straße ist zu dem stets auf der linken Fahrbahn mit allerhand Personenautos besetzt, welche ein großes Hindernis für die

breit gebauten Autobusse bilden, die an sich die ganze Straße einnehmen müssen, um durchzulommen. Oft ist es den Autobussen unmöglich an den für sie bestimmten Ort zu gelangen, da die Straße von anderen Fuhrwerken gesperrt ist. Darunter leidet wiederum das die Autobusse benutzende Publikum. Diese Gründe müßten die Stadtverwaltung zur Erwägung zwingen, ob sich dem Uebel nicht dadurch abhelfen ließe, wenn der Autobusbahnhof von der ul. Stanislawka nach einem günstigeren Ort verlegt werden könnte. Die öffentliche Sicherheit fordert es.

Die „Anschuld“ vom Lande.

Mit der treuerzigsten Miene wurde vor längerer Zeit bei einem Dr. L. in Pleß eine Frauensperson vorstellig, welche sich Stanislawka Soffie Gempta nannte und angab aus Jawercie zu sein. Sie bat um eine Stellung als Dienstmädchen, welche sie, da sie einen guten Eindruck machte, auch erhielt. Das neue Dienstmädchen führte sich musterhaft, so daß ihrem Dienstherrn irgendwelche Zweifel an der Sauberkeit dieser Frauensperson nicht aufkommen konnten. Eines Tages aber war sie plötzlich verschwunden. Bald stellte Dr. L. fest, daß er sich grenzenlos in seinem neuen Dienstmädchen getäuscht hatte, welches ihn in ärgster Weise bestahl. In der fraglichen Nacht nämlich packte sie in Koffer und Säcke einen wertvollen Pelz von circa 5000 Zloty, dann Anzüge, Weißwäsche, Bestek und andere Sachen und Gegenstände und schaffte diese aus dem Hause. Das Mädchen machte sich schnurstracks auf zur Bahn und fuhr über Rattowitz nach Rembertow, wo ihr Mitheiser, ein gewisser Jan Bilinski ihrer harrte. Die Säcke mit dem Diebesgut gab die Diebin in Pleß auf, von wo sie nach Rattowitz nach der Gepäcksfertigung geschickt wurden. Die Stanislawka Soffie Gempta, ihr richtiger Name ist Marja Molenda, verkaufte den kostbaren Pelz an den Händler Alexander Kosof in Warschau für noch nicht ganz 300 Zloty. Das Geld ging Beiden selbstverständlich bald aus und sie beschloffen, das restliche Diebesgut in Rattowitz in Empfang zu nehmen und diese gleichfalls zu Gelde zu machen.

Bei der Ankunft in Rattowitz wurde das Diebespaar jedoch verhaftet. Der kostbare Pelz, sowie die weiteren gestohlenen Sachen wurden konfisziert. Die Marja Molenda, ihr Komplize Jan Bilinski, sowie der Händler Alexander Kosof, welcher Schlerdienst geleistet hatte, wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Molenda erhielt 2 Jahre Gefängnis, die beiden Mitangeklagten je 1 Jahr Gefängnis. Gegen diese Strafen legten Bilinski und Kosof Revision ein. Die Ferien-Strafkammer in Rattowitz beschäftigte sich mit dieser Strafe nochmals und verwarf die Berufung des Beklagten Jan Bilinski. Dagegen hatte der Händler Kosof mehr Glück, da die Strafe auf nur 1/2 Jahr Gefängnis ermäßigt und zu dem ein Strafaufschub bei einer Bewährungsfrist von einigen Jahren gewährt worden ist.

Eine verdächtige Beschäftigung

Von Ricardo.

Nach zwölf Jahren ehelicher Gemeinschaft begann Gustav Zentke an einem strahlenden Sonntag, nachmittags gegen 5 Uhr, plötzlich seine Fingernägel zu manicüren, und — was der Sache einen Stich ins Unheimliche gab — er begnügte sich nicht etwa mit dem Verschneiden und Löffelchen der Fingernägel, nein, pflegend und so wie von ungefähr, hatte er sich aus der Küche Mutterns Fensterleder geholt und polierte nun unter Zuhilfenahme von Puspomade die Nägel auf Hochglanz. Mit vor Staunen weit offenen Augen und Kiefeln betrachtete sich die Gattin eine Weile das seltsame Beginnen ihres Mannes, denn, nachdem sie ihn mehrmals scheu und ängstlich umschlichen hatte, konnte sie nicht anders, sie platzte heraus:

„Sachma, Gustav, pistu bleedfinnich?“

„Woso, nanu, warum?“, machte Gustav kühl und blickte seine Frau so unschuldig und verwundert an, als sei ihm die Bedeutung der Frage gänzlich unverständlich. Gelassen polierte er mit dem unzulänglichen Mittel an seinen derben, schwieligen Händen herum, und wer Gustav nicht kannte, mußte glauben, Fingernägelpolieren sei ihm eine alltäglich und selbstverständliche Beschäftigung. Dabei kannte Gustav Zentke sonst nur seine Arbeit, seine schwere, die Hände arg beanspruchende Arbeit. Er hobelte, feilte, beizte, lackierte mit diesen Händen, er schwang den Hammer und tat überhaupt alles mit diesen Händen, was sein und seiner Gattin Leben ernährte und noch etwas mehr. Er schaufelte Kohlen damit, wenn es sein mußte, er schleppte Müllimer, er heizte Defen, er tat alles, was so ein Chemann tut, dessen Frau ein strenges Cheregiment führt.

Bei solch einem Leben bleibt nicht viel Zeit für sorgfältige Handpflege, denn erstens ist es überflüssig und zweitens beansprucht es Zeit. Ein Stück Kernseife, ein Stück Vinsstein, Wasser und ein Handtuch und gelegentlich eine Schere genügen voll auf. Wenigstens hatten diese Dinge in den zwölf Jahren Ehe für Gustavs Handpflege genügt. Er hatte sich wohl dabei gefühlt und nichts entbehrt, was ja schließlich die Hauptsache ist. In gewissem Sinne war Gustavs Ehe mustergültig, also nicht anders, als Millionen andere Ehen auch. Er arbeitete, verdiente Geld, aß, trank, was seine Frau kochte, schlief des nachts und lebte im übrigen so, wie seine Frau es für richtig befand. Dazu hatte er ja geheiratet. Kinder verhönten die Ehe nicht, aber deshalb zankte man sich doch ab und zu, um die Stunden süßer Eintracht nach der Veröhnung erneut genießen zu können. 'ne Ehe wie Millionen andere!

Man kann sich vorstellen, was einer Frau alles durch den Kopf gehen muß, wenn sie sieht, ein Mann wie Gustav, der sich doch himmelweit von einem Modefakte unterscheidet, poliert sich so sorgfältig seine Fingernägel.

„Da steckt sicher 'n Weiss dahinter“, dachte sie verbissen, und laut brüllte sie ihren Mann an:

„Willst mä nu vleicht am Ende sagen, was die dammlichen Dummheiten zu bedeuten ham?“

Gustav blickte von seiner Beschäftigung auf und antwortete ernst:

„Gornuscht! Ich wär mä doch wohl mal de Fingers hibsch machen können, morjen is doch Sonntag, und zum Sonntag macht ma sich hibsch, denk ich, nich.“

„So, so — und frieher, frieher hast das nie nich jemacht — ich will wissen, was das zu bedeuten hat, Gustav, Gustav, västest!“

„Ich hab' dir all gesagt, gar nuscht, und nu laß' mä in Ruh.“

„Ach so, das könnt dir so passen, mein Freindchen, de Fingger polieren und denn sich so wo mit 'n Weiss treffen und abhauen — du bist durchschaut, Gustav, mir machst nuscht vor, mit nich, Gustav!“

Es gab eine wüste Auseinandersetzung. Gustav schmiß schließlich seiner Frau die Puspomade und das Fensterleder vor die Füße, stülpte sich den Hut über die Ohren und verließ die Behausung. Mit langen Schritten, Gräßliches murmelnd, hürrte er dahin, beguckte ab und zu seine Fingernägel, und da ihn deren Glanz nicht zu befriedigen schien, polierte er sie am Hofenboden. Das sah komisch aus.

Es war ein elegantes, vornehmes Haus, zu dem Gustav seine Schritte lenkte. Seine Frau folgte ihm in weiterem Abstande, Böses, Schreckliches ahnend. Daß Gustav sich nur mit einer Frau treffen wollte, war für sie ausgemacht, denn, in Dreideuwels Namen, wozu poliert sich sonst ein Mann wie er die Fingernägel?

Während er in der ersten Etage an einer Tür läutete, stand sie unten zornbebend und lauschte.

Jetzt hörte sie das Öffnen einer Tür und eine Frauenstimme sagen:

„Da sind Sie ja, Meister, das ist schön, kommen Sie nur rein!“

Schon wollte Gustavs Frau hinauf und dem fremden Weiß, das ihren Gustav zu solchen Torheiten verführte, die Meinung sagen, da hörte sie die tiefe Stimme ihres Mannes:

„Nei, ich komm nicht rein, ich feiß auf Ihre Dankbarkeit, ich hab' de Ras' voll, machen Se sich Ihren Mist allein . . .“

„Nanu!“ hörte Gustavs Gemahlin die fremde Frauenstimme freijehen. „Nanu, was fällt Ihnen denn ein, Meister?“

„Jawoll, de Ras' hab ich voll, Ihre Mebel soll ich aufarbeiten und immer räsonieren Se, daß ich so dreckige Finger haben tu und Jhn' Ihre kostbare Einrichtung nich beschmieren soll; wie man mit sone Finger rumlaufen kann, ham Se alte Zing' gester noch gesagt, als ob en Tischler Samtpfoten haben kann — awoll, und nur mach ich mir heut hibsch um mir den Verdienst an diese Schachenarbeit nich aufse Ras' gehen zu lassen, und nu pakt is wieder meine Olsche nich — wie man's macht isses väteht. Mahlzeit, Schluß, wischen Se Ihre Mebel selbst!“

Gustav stampfte die Treppen herunter wo seine Frau ihn bekümmert, aber doch mit zufriedenen Lächeln empfing. Er wunderte sich gar nicht, wie sie dorthin kam.

„Känntest mir nich gleich sagen, warum du . . .“

„Quatsch nich“, brüllte Gustav, im Innern aufgewühlt, „nei, das konnt' ich dir nich zu Hau' sagen, daß is so dammlische, väriggde Kundschaft geben tut, ich muß mä doch vor dir schenieren und du hät's is mä auch nich jeglaubt. Belach den Vädienst, mein Ruh' is mä lieber.“

Frau Zentke wußte nicht recht, sollte sie sich freuen oder ärgern!



Die einzige Frau, die am Europa-Rundflug teilnimmt, ist die Engländerin Miß Spooner, die bisher außerordentlich gut abgeflitten hat.

Neger-Krawall in Durban

„Die Negerfrage ist eine Arbeiterfrage“

Von Hans Seligo.

Wir sind nicht weit von jener mit resedagrünem und graugelbem Buschgras bedeckten Ebene, wo gerade vor fünfzig Jahren Napoleons Sohn, Prinz Louis, im Zukrieg von, wie man sagt, fünf Speeren durchbohrt den Tod fand. Es ist das Land der Zulus. Oder es gehörte ihnen wenigstens, ehe sie, nach unendlichen, blutigen und allzuoft erfolgreichen Verteidigungskämpfen gegen die unerföhlich nach neuen Schafweiden vorstoßenden Buren und kolonisierenden Engländer, sich auf das kleine Reservatland beschränken mußten, das ihnen bis auf den heutigen Tag im nördlichen Teil von Natal, zwischen dem indischen Ozean und Transvaal, und vom Mozambiquegebiet nördlich begrenzt, als das „Zululand“ reserviert geblieben ist. Hier in dem fruchtbaren, subtropischen Küstenstrich ist ihre heutige enge Heimat, die in strenger Zucht und Tradition einen der bestgebauten, sicherlich der fleißigsten und kräftigsten Negertypen hervorbringt und den Städten und Ortschaften Natals, den Minen und Garmen, Eisenbahnstrecken und Industriewerken, Wollspeichern und Hafendocks einen zuverlässigen und anspruchsvollen schwarzen Arbeiter stellt: den unverändert stolzen Zulubon.

Es war auf einer der imposanten kühlen Bergstraßen bei Pietermaritzburg, die von sechstausend Fuß Höhe in einer knappen Stunde Autofahrt sich zum Meerespiegel des Indischen Ozeans herabwindet, wo ich mit Bewußtsein ihnen zum ersten Male begegnete. In der Ferne leuchteten noch die schneebedeckten eisigen Drakensberge, aber hier wandeln, mit perlenbestäubtem Satteln zweidienlich bekleidet, Zuludamen bereits unter Palmen. Vor uns knatterte ein Motorrad mit Beiwagen, offensichtlich bemüht, unserem kleinen Wagen Konkurrenz zu machen und in kühnen Schwingen, hart an jäh abstürzenden Kurvenhängen entlangschleudernd, in Führung zu bleiben. Das Merkwürdige aber waren seine Besatzer, drei halbnackte, stämmige Neger, die, mit kleinem Fellschild, Speer und Wurfscheule bewaffnet, augenscheinlich selber etwas unsicher ihrer Mischung waren, die einen Gas- und Bremshebel meisternden Motorradfahrer und jenen wilddreinschauenden kampfbereiten Krieger vereinen sollte, wie er uns in dieser ganzen Prächtigkeit nur im Glasfaß eines Völkerkundemuseums noch begegnet. In diesen zivilisierten, europägetünchten Gegenden konnte man füglich nur Volkstanzübungen, Zukriegervereinen oder ähnlichen Klimbim vermuten, dem unsere seltsamen Straßengenossen der großen Stadt Durban zueilten.

Wollen Sie kaufen oder verkaufen? Angebote und Interessenten verschafft Ihnen ein Inserat im „Volkswille“



18 Scheunen verbrannt

In Dohme in der Mark brach infolge Kurzschlusses an einer Dreschmaschine ein Brand aus, der sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete und 18 Scheunen mit den gesamten Erntevorräten vernichtete.

Bierundzwanzig Stunden später waren wir Zeugen einer regelrechten Eingeborenenkrieger in den geschäftsnüchternen Straßen von Durban, Revolte tausender Zulus, die sehr ernsthafte Kriegstänze aufführten, um ihre sozialen Ansprüche als schwarze organisierte Arbeitererschaft auf diese Weise geltend zu machen. Tscheia! BJulala! schrillte ihr Kampfschrei, mit dem sie (zunächst zur zweifelhaften Belustigung der europäischen Passanten und sensationslüsternen Badegäste) durch die Straßen stürzten, ehe unverantwortliche junge Europäer provozierend ihnen ins Gesicht schlugen und sie zur Attacke reizten.

Lebr Kabel und Radio wird alles berichtet sein, neue Ereignisse, größere, wichtigere werden das heutige lange in Vergessenheit gebracht haben, ehe meine Zeilen auch nur den Postdampfer erreicht haben; aber da unten in den Straßen tobt noch der Kampf, stöhnen Verwundete, stürzen sich neue Kohorten Neger in den sinnlosen Tumult. Die keulenartigen Burfstöcke der schwarzen Polizisten fliegen gegen den Ansturm der Zulus, es hagelt Steine, Flaschen, Kohlenstücke aus den Reihen der „Natives“ (Eingeborene). Abgepregelte werden überfallen und kämpfen mit Knütteln gegen das tödliche Messer. Ich sehe, wie zwei baumlange Kerle, offenbar Hafenarbeiter, mit ihren Kugelflächen den Schädel eines apathisch, wohl schon auch nur den Postgeborenenpolizisten bearbeiten. Er bricht jetzt zusammen. Die Maritzburger Mobile Squadron soll aufgeben und schon unterwegs sein. In der Prince Edward Street liegt ein Europäer erschlagen. Zielen da nicht Schüsse? Der europäische Mob greift mit Revolvern in das Getümmel ein. Die ohne Schusswaffen und nur mit Stöden armierte schwarze Polizei mit einer Handvoll englischer Polizeikonstabel ist gegen dieses provozierende weiße Gefindel machtlos. Instinktiv umfellen die Polizisten das Gewerkschaftshaus der schwarzen Arbeiter, das voll geflüchteter Neger ist und das in Gefahr steht, von sinnlos gewordenen Europäern gestürmt zu werden. In fanatischer Lust, ihre weiße Macht der auffälligen schwarzen Rasse zu beweisen, nehmen nun die Jingos die Situation in ihre Hand und knallen in die flüchtenden Neger hinein. —

Vom Hafen her marschieren in militärisch geschlossener Formation — wie gewöhnlich mit zwei langen Hartholzstöcken bewaffnet — an die tausend Zulubos heran. Mehr Polizei ist zur Stelle, auch die stinken indischen Polizeitruppen und die britische Schwadron reitet gegen die schwarze Bhalanz vor. Minutenlang ist die Situation kritisch, als die Zulus mit dröhnendem „BJulala“ zur Offensive schreiten. Dann aber hageln Keulenknüppel der Polizei auf die blanken Schädel, und die schwarzen Demonstranten werden in kleine Gruppen zerstreut durch die Straßen gejagt. Hier und da fällt noch ein Schuß, ein Ausschrei in die helle Mondnacht. Ridschahs und Motorfahrzeuge werden als Ambulanzen requiriert, über ein Duzend Tote (darunter ein Europäer und über 120 Verwundete werden aufgesehen. Noch am nächsten Morgen findet man einige durch Schüsse verwundete Neger. Die dürftige steinerne Bude, die der schwarzen Organisation als Gewerkschaftsheim und „Central-Hall“ dient, wird an diesem Vormittag von jungen Europäern geplündert. Keine Fensterscheibe des zweistöckigen Gebäudes bleibt ganz, sämtliche Schränke und Möbel sind zertrümmert, Karteien, Briefe, Akten, Schreibmaschinen, Stühle, kurz alles Bewegliche wird auf die Straße geworfen; die Polizei konnte es nicht hindern.

Trotz ewiger Schwarz-Weiß-Problematik: die Negerfrage ist ja heute schon eine Arbeiterfrage, das Rassenproblem wird schon jetzt vom Klassenproblem in dem kaum industrialisierten Südafrika eingeholt. Man fragte ehrlich erstaunt, was diese Zulubos nun eigentlich wollen. Achtzigtausend Neger hat diese Stadt neben fünfundsünfzigtausend Europäern. Man hat ihnen Sportplätze, drei Tanzsäle, ein Kino und vier Bierhallen eingerichtet zum Konsum eines von europäischen Unternehmern eigens für die Neger gebrauten vorchristlichmässigen Kaffernbieres. Sonstiger Alkohol ist bei Strafe verboten. Das mag sehr gut sein. Aber mit diesen Bierhallen muß es eine eigene Bewandnis haben, und sie gaben den jetzigen Anstoß zu der blutigen Revolte. „Denn“, so heißt es in dem Protestmanifest, „in den Bierhallen werden alle Augenblicke unter dem Einfluß des Alkohols stehende Neger verhaftet und zur Zwangsarbeit geschleppt. Deshalb boykottieren wir Neger die Bierhallen. . .“ Und deshalb protestieren sie. Es gibt noch andere, wogegen die Neger revoltieren werden.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Selmerich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Bundes für 1930 eine freiwillige Umlage von 30 Pf. pro Sänger zu erheben.

Schwere Vorwürfe wurden gegen den bisherigen ersten Vorsitzenden des Bundes, Rechtsanwalt List (Berlin), erhoben. Das „Mittwoch-Blatt“ Nürnberg (Ausgabe vom 6. Juli 1929) berichtet: „Herr Hofmann (Sorau) führte aus: „Der Gesamtausgang hat es trotz meiner Ausführungen fertig gebracht, Ministergehälter zu bewilligen. An List traute sich niemand heran. Herr List ließ sich in Wien vierspännig herumfahren, während Hunderttausende das Sängerfest nicht besuchen konnten. Es hat uns — das ist das Schlimmste — das Andenken an das Wiener Fest verschandelt. Er brachte dem Abenteuerer Redlin blindes Vertrauen entgegen. Die Öffentlichkeit staunte darüber, daß ein Mann wie Redlin mit dem Geld nur so um sich schmeißt und sich ungewöhnliche Ausgaben gestattet. Was die Sängerschaft weiter betrübt, ist das Bewußtsein, daß der Gesamtausgang Herr List nachträglich 12 000 Mark Repräsentationsgelder bewilligt hat.“ Dem Redner Hofmann (Sorau) ist es furchtbar schwer gemacht worden, als er in Heidelberg am 11. Mai d. Js. seine Befürchtungen aussprach. Man forderte von ihm, er solle vorher alles schriftlich niederlegen. Alle möglichen Ausreden waren bereit, um zu verhindern, einen genauen Kassenbestand zu nennen. Hat die Vorstanderschaft so wenig Interesse an der finanziellen Lage des Bundes gehabt, daß man einen Mann wirtschaften ließ, dem schon von vielen Seiten mißtraut wurde? Hat die Vorstanderschaft von Geldgeschäften überhaupt nichts verstanden? Und war die Revision mehr als eine unverantwortliche Förmlichkeit, wenn man „außer Additionsfehlern“ nichts fand? Herr Hofmann ging recht deutlich auf diese Vorgänge ein und beauftragte so den Gesamtvorstand moralisch nicht unethisch.“

Rechtsanwalt List ist bereits vor der Nürnberger Tagung von seinem Posten zurückgetreten. „Das Schicksal setzt den Hobel an und hobelt alles gleich!“ Auch den Tisch, an den sich Herr List vor noch nicht zu langer Zeit mit mir zu setzen weigerte. „Wer ist denn dieser Walter Hänel?“ Mit dem würde ich mich nie an einen Tisch setzen!“ Mein Bericht über das Wiener Sängerfest hat mir diesen ehrenvollen Ausdruck eingetragen.

Der „Generalanzeiger für Elberfeld-Barmen“, ein bürgerliches Blatt, berichtet zu der Angelegenheit unter dem 25. Juni:

„Beim Wiener Sängerfest hat Redlin sich dadurch besonders auffällig in Szene gesetzt, daß er, mit einer Prägegarbe bewaffnet, an viele Sänger herantrat und in deren offiziellen Fest- und Erinnerungsgeldern, eine Schubertplakette, den Typ der ständigen Sängerbundesnadel — Raute mit „DSB.“ — einstanzte. Dieser bilderräuberische Protest Redlins das Festgeld des „DSB.“-Zeichens auf der Plakette und die Eigenmächtigkeit Redlins, der das Sängerfest auch dazu benutzte, seine Gedichte und sonstigen literarischen Erzeugnisse, in Massen gedruckt, an den Mann zu bringen, erregte unter den Festteilnehmern bestrebliches Kopfschütteln.“

900 000 Mark verschwunden, das heißt: man hat sich den gesamten Festbeitrag, den 90 000 deutsche Sänger für Wien aufgebracht hatten, samt und sonders „klauen“ lassen, ohne das Fehlen dieses Sümmechens vor Mai dieses Jahres zu bemerken. (Das 10. Deutsche Sängerfest in Wien fand im Juli vorigen Jahres statt.) „Wirtschaft, Soratio!“ Das 10. Bundesfest der Deutschen Sänger muß ein ganz gutes Geschäft gewesen sein. Man hat ja auch die Mitglieder anlässlich des Wiener Festes nicht zu knapp geschöpft. Privatquartier einen Taler, Massenquartier, das sehr reichlich vorhanden war, pro Strohhack 2 Mark für die Nacht, Türzuschließgebühr für die nach 9 Uhr vor dem Massenquartier erscheinenden und Einlaß begehrenden Festteilnehmer einen halben Schilling. Nach 1 Uhr nachts 80 Groschen österreichischer Währung. Festbeitrag 10 Mark, Zuschuß des Deutschen Reiches 100 000 Mark, Festbeitrag der Stadt Wien 30 000 Mark. Bei Betreten des Festplatzes wurden zwei Schilling erhoben und für Besuch der großen Festhalle abermals zwei Schilling. Die Gelder, die hier zusammenfloßen, müssen ungeheuerlich gewesen sein. Dazu die Einnahme aus den Konzerten und aus dem Verkauf der Zehntausende von Tribünenplätzen, für die pro Sitz bis zu 20 Schilling erhoben wurden. Man spricht von einem Umsatz von 24 Millionen Mark. Die Sängerschaft erfährt nun, durch welche Tasche ein guter Teil dieser Gelder geflossen ist.

Die Arbeiterfänger dagegen zahlten für ihr Hannoverfest nur einen Festbeitrag von 2 Mark. Sie erhielten einen Reichszuschuß von 50 000 Mark, der dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund ermöglichte, sein musikalisch vorzüglich angelegtes Festprogramm ohne Defizit abzuschließen. „Die Finanzlage des Deutschen Sängerbundes wird allerdings“, wie das Berliner bürgerliche Blatt zu vermelden weiß, auch durch diese grandiose Unterschlagung „in keiner Weise erschüttert“, was uns durchaus nicht wundernehmen will, wenn wir hören, daß die Stadt Frankfurt für das 11. Deutsche Sängerbundesfest, das 1932 in dieser Stadt veranstaltet werden soll, aus derartigen Vorkommnissen zu erheben, wie mit ihrem Gelde gewirtschaftet worden ist. Hoffentlich ziehen sie aus diesen Vorfällen die einzig mögliche Konsequenz, sich dem Verbands anzugliedern, der ihre Interessen würdiger zu vertreten weiß. Darum, werktätiges Volk, hinein in die Chöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes!

Mit Stolz berichtet die Verwaltung des Deutschen Sängerbundes, daß in ihren Vereinen 70 Prozent der Mitglieder aus Arbeiterkreisen stammen. Diese Sänger zumindest werden gewiß wenig erbaut sein, aus derartigen Vorkommnissen zu erheben, wie mit ihrem Gelde gewirtschaftet worden ist. Hoffentlich ziehen sie aus diesen Vorfällen die einzig mögliche Konsequenz, sich dem Verbands anzugliedern, der ihre Interessen würdiger zu vertreten weiß. Darum, werktätiges Volk, hinein in die Chöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes!

Küftet zum zweiten Arbeiter-Sängerbundesfest, das, wie nunmehr feststeht, 1933 in Nürnberg abgehalten werden wird.
Walter Hänel.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 416,1

Dienstag. 17.00: Konzert auf Schallplatten. 17.25: Von Krakau. 18.00: Konzert. 19.20: Vortrag, anschließend Nachrichten. 19.50: Opernübertragung aus Posen.

Warschau — Welle 1415

Dienstag. 12.05: Schallplattenkonzert. 16.15: Vortrag. 16.30: Kinderstunde. 17.25: Vortrag. 18.00: Konzert. 19.00: Verschiedenes. 19.50: Opernübertragung aus Posen.

Gleiwitz Welle 325.

Breslau Welle 253

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten. *) 12.55 bis 13.06: Neuener Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung. *) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Presseberichte (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonntags und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitanzeige, Wetterbericht, neueste Presseberichte, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesienschen Funkstunde A-G.

Dienstag. 14.35: Märchenstunde. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.30: Übertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. 18.55: Abt. Hygiene. 19.25: Für die Landwirtschaft. — Übertragung aus Gleiwitz: „Landfreuden“. 19.50: Neue schwäbische Dichtung. 20.15: Symphonische Musik. 22.00: Übertragung aus Berlin: „Presseumschau der Drahtloser Dienst A-G., Berlin“. Anschließend: Die Abendberichte und Mitteilungen des Verbandes Schles. Rundfunkhörer.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Generalversammlung des Bundes für Arbeiterbildung.

Die diesjährige fällige Generalversammlung des Bundes für Arbeiterbildung wird am 25. August, vormittags 10 Uhr, in Kattowitz, Zentralhotel, abgehalten. Tagesordnung: 1. Begrüßung. 2. Geschäftsberichte: a) des Vorsitzenden, b) des Bibliothekars, c) des Kassierers. 3. Referat: „Die Zukunft der Arbeiterbildung“. 4. Neuwahl. 5. Anträge. Zu dieser Generalversammlung entsenden die Ortsgruppen, nach den Satzungen, den engeren Vorstand der Ortsgruppe, sowie je 2 Delegierte des der Ortsgruppe angeschlossenen Kulturvereins.

Der Vorstand des Bundes für Arbeiterbildung.

Bekanntmachung der Bundesbibliothek.

Die Zentralbibliothek des Bundes für Arbeiterbildung hat die Bücherausgabe bis auf weiteres eingestellt. Die Ortsgruppenbibliothekare werden hiermit ersucht, sämtliche Bücher sowie Buch- und Leserkarten sofort abzuliefern. Die Wiedereröffnung erfolgt voraussichtlich am 2. Oktober d. Js.

Verjammlungsstaleuder

Kattowitz. (Ortsauschuß.) Die dem Ortsauschuß angeschlossenen Gewerkschaften zur Kenntnis, daß das für den 18. August angekündigte Gewerkschaftsfest auf den 1. September verlegt ist. Es findet in demselben Lokal mit gleichem Programm statt.

Königshütte. (Achtung! Kinderfreunde.) Montag, abends 6 Uhr, Kinderchor im Vereinszimmer. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Freundschaft.

Königshütte. D. S. A. P. Vorstandssitzung. Am Mittwoch, den 14. August, abends 7 Uhr, findet im Konferenzzimmer des Volkshauses eine wichtige Vorstandssitzung der D. S. A. P. statt. Hierzu ist das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder notwendig.

Königshütte. D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt. Am Freitag, den 16. August, abends 7.30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses an der ulica 3. Maja eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Referent zur Stelle. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung, u. a. der Wahl von Delegierten zur kommenden Bezirkskonferenz und zum Vereinigungsparteitag in Lodz, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Wyslowitz. D. S. A. P. Am Donnerstag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr, findet eine sehr wichtige Mitgliederversammlung der D. S. A. P., Arbeiterwohlfahrt und des Bergarbeiterverbandes im Lokale Chlinski statt. Wir bitten alle Genossen und Kameraden, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Referent: Genosse Makke.

Eisenau. D. S. A. P. Am Donnerstag, den 15. August, vormittags 9 Uhr, findet im Lokal Ustielik eine sehr wichtige Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt statt. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, pünktlich und vollzählig zu erscheinen, da neben der Delegiertenwahl noch andere Punkte von Wichtigkeit zur Beratung stehen. Referent: Genosse Makke.

Janow. Freidenker. Am Sonntag, den 18. d. Mts., veranstaltet der Verein der Freidenker und Feuerbestattung Ortsgruppe Janow einen Ausflug nach Gmof, Gasthaus Breslau. Sammelpunkt Gasthaus Byglenda Janow um 9 Uhr vormittags. Abmarsch um 10 Uhr. Alle Ortsgruppen werden gebeten, sich daran zahlreich zu beteiligen.

Oberlajist. Bergarbeiterindustrieverband. Am Donnerstag, den 15. August d. Js., findet h. H. Mucha um 10 Uhr vormittags eine Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes statt, zu welcher vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwünscht ist.

Kozlowa Gora. Am Sonntag, den 18. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im bekannten Lokal eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Wir bitten alle Genossen pünktlich zu erscheinen. Gäste, von Mitgliedern eingeführt, sind willkommen. Referent Genosse Raiwa.

Sensationelle praktische Neuheit!

Locken-Kamm mit Doppelwellenzählung



WELLEN-FRISIER-KAMM
ges. gesch.
Onduliert ohne Behelfe kurze und lange Haare nur durch einfaches Kämmen. Solid und unverwundlich. Unentbehrlich für jede Dame. Sie ersparen die Ausgaben für das Ondulieren beim Friseur und haben immer schön gelocktes Haar. Preis pro Stück nur Zloty 5.—
Versand gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken oder gegen Nachnahme. Bestellen Sie sofort bei Firma E. Choliner, Wien VIII, Lerchenfelderstr. 34
Hunderte von Dankschreiben liegen auf.

Zeitungshalter

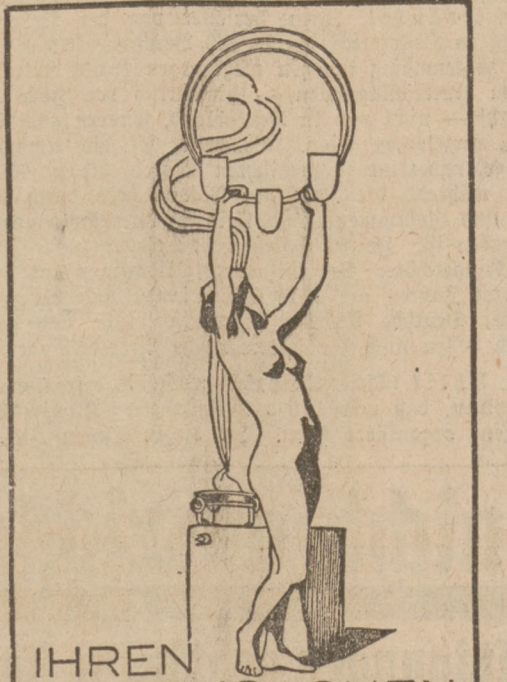
FÜR CAFES, HOTELS
UND RESTAURATIONEN

in verschiedenen Größen am Lager

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI
UND VERLAGS-SPÓŁKA AKCYJNA

Das Modenblatt der vielen Beilagen Beyers Mode für Alle

Mit großem Schnittbogen, gebrauchsfertigem Beyer-Schnitt, Abplättmuster und dem mehrfarbigen Sonderteil „Lezte Modelle der Weltmode.“ Monatlich ein Heft für 90 Pfg. Wo nicht zu haben, direkt vom Beyer-Verlag, Leipzig, Weißstraße, Beyerhaus.



IHREN DRUCKSACHEN

fehlt der Relz kunstvoller Ausführung
Verlangen Sie unsere Druckmuster

VITA-NAKLAD DRUKARSKI
Katowice, Kosciuszki 29 / Telef. 2097

Oetker's Rezepte



gelingen immer! Man versuche:

Sandtorte.

Zutaten: 250 g ungesalzene Butter oder Margarine, 250 g Zucker, 250 g Dr. Oetker's Gustin, 4 Eier, 1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 1 Messerspitze voll von Dr. Oetker's Backpulver „Backin“.

Zubereitung: Die Butter wird etwas erwärmt und schaumig gerührt. Dann gibt man allmählich Zucker und Vanillin-Zucker hinzu. Hierauf ein Ei und etwas Gustin, das vorher mit dem Backin gemischt wurde. Ist dieses gut verrührt, wieder ein Ei und etwas Gustin, bis die Eier und das Gustin verbraucht sind. Die Masse wird in eine mit Butter ausgestrichene Form gegeben und bei mittlerer Hitze rund 1 Stunde gebacken. Sandtorte hält sich lange Zeit frisch und ist ein beliebtes Gebäck für Tee und Wein.

Rezept Nr. 7.

KANOLD SAHNENBONNS

von unübertrefflicher Güte

Zu haben in Zuckerwaren-Handlungen

General-Vertreter Jgnacy Spira
Kraków, Poselska 22.

Anzerate in dieser Zeitung haben den besten Erfolg!